

Übersichten

Januar 2001

Außenpolitik

1 Erster Vertrag über Rückführung illegaler chinesischer Immigranten mit Italien?

Giuliano Amato, italienischer Premierminister und derzeit turnusmäßiger Präsident der G8, besuchte Mitte Januar die VR China. In Gesprächen mit Ministerpräsident Zhu Rongji, Jiang Zemin und Vize-Premier Qian Qichen diskutierte er bilaterale und internationale Belange. Er versicherte, Italien wolle zur Lösung internationaler und regionaler Konflikte auf dem Wege des Dialogs und über Konsultationen beitragen und in diesem Zusammenhang die Rolle der Vereinten Nationen stärken. Amato betonte, China spiele eine wichtige Rolle auf der Bühne der internationalen Politik, und Italien suche den Ausbau der bilateralen Konsultationen und eine Stärkung der Kooperation mit der Volksrepublik China auf allen Gebieten.

Zhu Bangzao, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, identifizierte für die chinesische Seite auf einer Pressekonferenz verstärkte personelle Kontakte, den Kulturaustausch, Handelskooperationen und juristische Fragen als die primären Gebiete der zu-

künftigen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten.

Als wichtiges Ergebnis des Staatsbesuchs wurde von beiden Seiten die erreichte Übereinkunft hinsichtlich der engeren Kooperation bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität bezeichnet. Es wurde vereinbart, sowohl Informationen als auch Polizeikräfte auszutauschen - auch verdeckte Ermittler. Die Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens zwischen beiden Staaten, die eigentlich im Vorfeld des Besuchs erwartet worden war, blieb allerdings zunächst aus. Das Abkommen wäre das erste seiner Art, das Beijing mit einem westlichen Land abschliesse.

Auch eine weitere Übereinkunft, die einen regelrechten Durchbruch markieren würde, harrt noch ihrer Unterzeichnung. Dem Vernehmen nach kamen China und Italien darin überein, ein Abkommen abzuschließen, in dem die chinesische Seite sich erstmals gegenüber einem westlichen Land verpflichtet, die Rückführung illegaler chinesischer Immigranten zu ermöglichen. Nicht nur Italien steht bislang der Schwierigkeit gegenüber, dass die VR China die Repatriierung von illegalen Migranten verweigert, solange deren Identität als chinesische Staatsbürger nicht zweifelsfrei geklärt werden kann. In vielen Zielländern illegaler Immigranten aus China wird in diesem Zusammenhang die Klage geführt, die chinesischen Behörden und die konsularischen Vertretungen Chinas ließen es an Kooperationsbereitschaft mangeln, trügen wenig zur Aufklärung bei und verschleppten die für eine Abschiebung der Migranten notwendige Ausstellung von Ersatzpersonaldokumenten.

Die besondere Situation Italiens besteht darin, dass das Land mittlerweile als eines der größten Einfallstore für illegale Migranten aus China in die Europäische Union gilt. Anti-Mafia-Einheiten der italienischen Strafverfolgungsbehörden hatten im Juli des vergangenen Jahres eine chinesische Gang auffliegen lassen, die innerhalb nur eines Jahres 5.000 illegale Immigranten aus China nach Italien eingeschleust haben soll.

Während Giuliano Amato die während seiner Reise erreichte, in Einzelheiten aber nicht bekannte, bilaterale

Übereinkunft über die Rückführung illegaler Migranten nach China als „harten Schlag“ gegen die illegale Immigration in sein Land wertete, hüllte sich die chinesische Seite diesbezüglich weitgehend in Schweigen. Zhu Rongji ließ lediglich verlautbaren, beide Länder hätten einen Konsens über die Unterzeichnung der entsprechenden Abkommen erzielt. Bei seiner Abreise aus China vertrat Amato die Ansicht, der entsprechende Vertrag werde „innerhalb der nächsten Tage“ unterzeichnet werden. Geschehen ist dies bislang allerdings nicht. (www.insidechina.com, 15.1., 16.1.01; XNA, 17.1.01; XNA, 18.1.01, nach FBIS, 18.1.01; ANSA, 16.1.01, nach FBIS, 18.1.01; Xinhua, 18.1.01, nach FBIS, 20.1.01) -kg-

2 „Geliebter Führer“ liebt Shanghai

Die Anzeichen mehren sich, dass die nordkoreanische Führung sich mit dem chinesischen Modell der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung und Reformierung ohne Aufgabe des Herrschaftsmonopols der Partei zunehmend auch für ihr Land anfreunden kann. Bereits am 4. Januar wurde Kim Jong Il in einem Editorial der nordkoreanischen *Rodong Sinmun* mit den Worten zitiert, „man solle mit dem Eintritt ins 21. Jahrhundert die bestehenden Probleme mit neuer Denkweise betrachten und lösen“. Explizit rief er demnach zu einem „neuen Denken im 21. Jahrhundert auf“.

Insbesondere in Südkorea wurde dies dahingehend interpretiert, dass die nordkoreanische Führung sich nun stärker an dem Weg des großen Bruderstaates China orientieren könnte und dem diesbezüglichen Drängen der aus der Schwesterpartei der Volksrepublik China nachgeben könnte. Als der nordkoreanische „geliebte Führer“ Kim Jong Il in der zweiten Januarhälfte mit zahlreichem Gefolge aus Partei und Militär zu einem geheimen sechstägigen Informationsbesuch in der Volksrepublik China weilte, galt sein besonderes Augenmerk denn auch offensichtlich den Erfolgen der chinesischen Reformpolitik.

Ogleich der Besuch von chinesischen Regierungsvertretern zunächst mehrfach dementiert wurde, war der Be-

sich Kims allein auf Grund der Größe der im Spezialzug angereisten fünfzigköpfigen nordkoreanischen Delegation um Kim Jong Il spätestens in Shanghai nicht mehr geheim zu halten. Zum Tross des Geliebten Führers während dieser später von der chinesischen Regierung als nicht offizieller Besuch bezeichneten Chinareise zählte beinahe die gesamte nordkoreanische Nomenklatura aus Partei und Militär. Neben einem Staatsbankett in Beijing war ursprünglich auch ein Besuch der südchinesischen Sonderwirtschaftszone Shenzhen geplant. Dieser wurde jedoch auf Anraten der chinesischen Seite zu Gunsten eines längeren Aufenthalts in der Hafenmetropole Shanghai abgesagt.

In Shanghai führte Kim Gespräche mit Präsident Jiang Zemin und Ministerpräsident Zhu Rongji. Themen der Unterredungen waren dem Vernehmen nach wirtschaftliche Fragen ebenso wie die Situation in Ostasien im Vorfeld des Amtsantritts der neuen Regierung Bush in den USA. In dem Gespräch mit Zhu Rongji soll sich Kim besonders daran interessiert gezeigt haben, auf welchem Wege ausländisches Kapital nutzbar zu machen sei.

Die Delegation, die in Shanghai in dem neu errichteten modernen Stadtteil Pudong untergebracht war, besuchte mit Huahong NEC die größte Halbleiterfabrik Chinas, ein 50%-Joint Venture mit der japanischen NEC Corp., und traf dort zu einem Informationsgespräch mit leitenden japanischen Managern zusammen. Zum weiteren Besuchsprogramm zählten das Automobil-Montagewerk von General Motors Shanghai, die Baosan Steel Corporation als größtes chinesisches Stahlwerk, die neue Shanghaier Börse in Pudong sowie ein modernes landwirtschaftliches Entwicklungsgebiet.

Vom Shanghaier Fernsehturm, der unter dem Namen „Perle des Ostens“ als Wahrzeichen des modernen Shanghai gilt, konnte sich Kim von den augenfälligen Veränderungen überzeugen, die die Stadt seit seinem 18 Jahre zurückliegenden letzten Besuch in Shanghai durchlaufen hat. Nach den Worten des Direktors für Asienangelegenheiten der Abteilung für auswärtige Beziehungen der KPCh, Liu Hongzai, der Kim Jong Il in Shanghai begleitete, zeigte sich Kim stark beein-

druckt von den „umwälzenden Veränderungen“ hin zur heutigen modernen Metropole, die die Stadt in sehr kurzer Zeit durchlaufen habe. Liu zufolge seien die Mitglieder der nordkoreanischen Delegation sehr aufgeschlossen gewesen und hätten durch konkrete Nachfragen auf den Stationen ihres Besuchs ihr ernstes Sachinteresse bekundet.

Aus einem abschließenden Gespräch mit Jiang Zemin in Beijing wird Kim mit den Worten zitiert, „der Entwicklungsstand Shanghais sei der Beweis für die Richtigkeit der Politik der Reformen und der Öffnung nach außen, die von der Kommunistischen Partei Chinas eingeleitet wurde“. Kim dankte Jiang für seine nicht nachlassende Unterstützung sowohl Nord- als auch Südkoreas in ihren Anstrengungen für eine weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Teilen des geteilten Landes und zur Verwirklichung von Frieden, Unabhängigkeit und Wiedervereinigung für Korea. Beide Seiten kamen überein, die von den Führern der alten Generation begründete traditionelle Freundschaft beider Staaten mit noch größeren Anstrengungen zu konsolidieren, weiterentwickeln und zu vertiefen.

Beobachter - besonders aus Südkorea - erwarten von der Reise dieser nordkoreanischen Führungsspitze nach China ähnliche Impulse wie von der letzten Chinareise des Geliebten Führers Kim Jong Il im Mai 2000. Damals schloss sich an die Konsultationen Kim Jong IIs in China der wegweisende Staatsbesuch des südkoreanischen Staatspräsidenten Kim Dae-jung in Pyongyang an. (Vgl. C.a., 2000/05, Ü 2) Es wird nun gemutmaßt, Kim Jong Il habe sich in der VR China auf einen eventuell bereits im März bevorstehenden Besuch in Seoul vorbereitet. (Chungang Ilbo online, 17.1.01, nach FBIS, 17.1.01; Chungang Ilbo online, 18.1.01, nach FBIS, 18.1.01; Chungang Ilbo online, 19.1.01, nach FBIS, 19.1.01; Choson Ilbo online, 18.1.01, nach FBIS, 18.1.01; Choson Ilbo online, 21.1.01, nach FBIS, 21.1.01; FT, 17.1.01; NZZ online, 16.1., 22.1.01; Wall Street Journal online, 18.1.01; *Yonhap*, 18.1.01, nach FBIS, 18.1.01; Korean Central Broadcasting, 20.1.01, nach FBIS, 23.1.01; XNA, 21.1.01) -kg-

3 „Konkurrenz, potenzielle Rivalität, Handelspartnerschaft, aber keine Feindschaft“ - USA, NMD/TMD und kein Ende

Die Worte, mit denen der neue US-Außenminister Powell im Januar vor dem Komitee für Auswärtige Beziehungen des US-Senats die Sicht der Regierung Bush auf das Verhältnis zur VR China beschrieb, trugen wenig zur Klärung und zum Ende der Spekulationen bei. Powell beschrieb China als „Konkurrent und potenzieller regionaler Rivale“, zugleich aber auch Handelspartner“ der USA. Diese Aussage bildet damit einen deutlichen Kontrast zur Einschätzung der Regierung Clinton, wonach China die Rolle eines strategischen Partners der USA zufallen könne. Relativierend und beschwichtigend fügte Powell jedoch hinzu, China sei kein Feind, und die Herausforderung an die US-Regierung bestünde darin, dass es dabei auch bliebe.

Für Unruhe nicht nur in der Volksrepublik China selbst, sondern auch in der gesamten Region sorgen sowohl eine mögliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und China als auch die US-Pläne für einen Raketenabwehrschirm. Insbesondere von diesbezüglichen Plänen der USA unter Einbeziehung Asiens (TMD) befürchtet man in der Region eine mögliche Destabilisierung und den Beginn einer Rüstungsspirale. Sollten die USA TMD in der Asien-Pazifik-Region realisieren und damit einen Schutzschild über die eigenen Verbände und die Verbündeten in der Region ausbreiten, so die Befürchtung, werde China mit dem Ausbau seines bislang eher klein angelegten nuklearen Arsenalns beginnen, um eine Neutralisierung seiner Nuklearbewaffnung durch TMD zu verhindern. Diese könnte im Gegenzug zu einer nuklearen Aufrüstung in Indien, Pakistan und auch in weiteren Staaten Asiens führen.

Sowohl die USA als auch China scheinen auf der Suche nach einem Ausweg aus diesem Dilemma. Ein Verzicht auf die Raketenpläne steht in den USA allerdings offenkundlich keinesfalls zur Debatte. Es wird also in erster Linie darum gehen, diese Pläne so auszugestalten, dass sie für die chinesische Seite akzeptabler werden. Als einen ersten Schritt auf dem Weg

zu einem solchen Kompromiss könnte man den als privat deklarierten Besuch einer Gruppe von amerikanischen Militärexperten in Beijing ansehen, in dessen Rahmen das Thema mit chinesischen Vertretern aus Regierung und Wissenschaft diskutiert wurde. Von amerikanischer Seite hieß es zu diesem Treffen, man habe der chinesischen Seite klarmachen wollen, dass hinsichtlich des Raketenschutzschildes „der Zug bereits den Bahnhof verlassen habe“. Was der VR China bleibe, so Bates Gill von der Brookings Institution in Washington, sei, sich entweder in den Dialog um die mögliche Ausgestaltung der amerikanischen Pläne einzuschalten oder „den Kopf in den Sand zu stecken, während anderswo wichtige Entscheidungen getroffen werden“.

Dialog und Kompromiss zwischen Beijing und Washington könnten nach Meinung von Beobachtern darauf hinauslaufen, dass NMD in einem Umfang verwirklicht wird, welches ein gewisses Maß an Schutz gegen terroristische Attacken seitens der so genannten Schurkenstaaten gewährt, andererseits aber das chinesische strategische Abschreckungspotenzial nicht neutralisiert. Im Gegenzug könnte Beijing sich in beschränktem Umfang zu Inspektionen seiner Waffenarsenale durchringen. Allerdings ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt völlig offen, ob ein derartiges Szenario tatsächlich als realistisch betrachtet werden kann.

International sucht Beijing die Ablehnungsfront gegen die amerikanischen Raketenabwehrpläne zu stärken, die sich nicht zuletzt auf europäischer Seite aufbaut. In diesem Zusammenhang wird von internationalen Beobachtern auch ein möglicherweise vor der Unterzeichnung Mitte dieses Jahres stehendes Abkommen mit Russland genannt. Russland ist bereits heute Chinas wichtigster Lieferant fortschrittlicher Waffentechnologie, und die russisch-chinesischen Beziehungen sind nach Bekunden chinesischer Fachleute „nie besser gewesen“. Zwar wurde bereits während des Besuchs Putins in China im letzten Jahr das bilaterale Abkommen vorbereitet, das nach den Worten Qian Qichens keine Allianz besiegeln werde. Man erwartet vielmehr eine allgemein gehaltene Aussage über die strategische

Partnerschaft zwischen beiden Staaten.

Die gemeinsame Opposition Russlands und Chinas gegen NMD könnte die Verhandlungen im Vorfeld des Mitte des Jahres geplanten Russlandbesuchs Jiang Zemins jedoch ebenso beschleunigt haben. Die amerikanischen Raketenabwehrpläne könnten daher ein engeres Zusammenrücken der beiden Staaten bewirken, und sei es nur, um eine aus Beijings Sicht unerwünschte bilaterale Verständigung zwischen Washington und Moskau in dieser Frage zu verhindern. (IHT, 15.1., 17.1., 24.1., 29.1., 30.1.01; Wen Wei Po online, 23.1.01, nach FBIS, 24.1.01) -kg-

4 USA leisten Schadenersatz

Am 19. Januar 2001 zahlten die USA 28 Mio. US\$ Schadenersatz für die materiellen Verluste, die die Volksrepublik China durch die Bombardierung ihres Botschaftsgebäudes am 8. Mai 1999 durch die US-Luftwaffe erlitten hatte. Die Zahlung folgte einer Vereinbarung, die zuvor zwischen den Regierungen beider Staaten erreicht worden war.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhu Bangzao wiederholte in diesem Zusammenhang die Vorwürfe an die USA und die NATO, bei der Bombardierung habe es sich um eine eklatante Verletzung des internationalen Rechts und der Prinzipien der internationalen Beziehungen gehandelt, für das die USA die Verantwortung tragen und daher zu Schadenersatz verpflichtet wären.

Abgesehen von der nun erfolgten Zahlung besteht die chinesische Seite nach den Worten Zhu Bangzaos nach wie vor auf eine ernsthafte Untersuchung des Vorfalls, eine zufrieden stellende Erklärung gegenüber der chinesischen Regierung dafür sowie eine harte Bestrafung der Verantwortlichen. (XNA, 21.1.01) -kg-

5 Li Peng auf Goodwill-Tour durch Indien

Der chinesische Parlamentspräsident Li Peng bereiste vom 9. bis zum 16. Januar fünf Städte Indiens, einen touristischen Abstecher zum Taj Mahal eingeschlossen. Neben Neu Delhi,

Bombay und Agra standen auch die Hochburgen der indischen Informationstechnologie, Bangalore und Hyderabad auf Lis Besuchsliste, der als der beste Indienkenner in der chinesischen Führung gilt.

Bereits vor Antritt seiner Reise auf Einladung des Präsidenten des indischen Oberhauses, Krishan Kant, und des Sprechers des Unterhauses, G.M.C. Balayogi, war klar, dass es sich bei diesem Besuch um eine Goodwill-Tour handeln würde, von der keine konkreten Ergebnisse erwartet wurden. Entsprechend war man auf beiden Seiten um atmosphärische Verbesserung bemüht. Die Behandlung kontroverser Themen und bestehender Konflikte blieben in den Gesprächen während Lis zweiter Indienreise weitgehend ausgeblendet. Zhu Bangzao, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, fasste den Zweck des Besuchs in einer Pressekonferenz nach Li Pengs Rückkehr nach China in sehr unspektakulären Worten dahingehend zusammen, die Reise habe der Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses, der Freundschaft und der Kooperation gedient und den Austausch zwischen den beiden Staaten und Parlamenten fördern sollen.

In einer Replik auf das vom indischen Verteidigungsminister Fernandes im Mai 1998 gezeichnete Bedrohungsszenario versicherte Li Peng in der einzigen öffentlichen Rede seines Indienaufenthalts, China habe Indien niemals als Bedrohung betrachtet, noch beabsichtige China, selbst eine Bedrohung für andere Länder darzustellen oder irgendwelche Einflusssphären zu suchen. In den chinesisch-indischen Beziehungen sollten sich beide Seiten von langfristigen Perspektiven leiten lassen und ihre Kooperation in internationalen Fragen stärken. Bestehende Probleme im bilateralen Verhältnis beruhten weitgehend auf dem zu geringen gegenseitigen Verständnis füreinander und sollten im Dialog ausgeräumt werden.

Nach Ansicht Li Pengs bestehe zwischen Indien und China angesichts der großen internationalen Herausforderungen für die „Wahrung der ökonomischen Souveränität und Sicherheit“ der Entwicklungsländer eine weitgehende Interessenkonvergenz. Daher seien Indien und China als die „größten Entwicklungsländer“, laut Li

Peng geradezu zur Kooperation verpflichtet und müssten eine größere Rolle auf der internationalen Bühne spielen.

Das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarstaaten ist nach wie vor durch den ungeklärten Grenzverlauf, den von Indien kritisierten Infrastrukturaufbau durch die chinesische Seite in umstrittenen Grenzabschnitten, die von Indien unterstellte chinesische Lieferung von Raketentechnologie an den Erzfeind Pakistan und die Tibetfrage belastet. Als neue Bedrohung wird darüber hinaus von der indischen Seite die Flut billiger chinesischer Waren angesehen, die Teile der wenig konkurrenzfähigen indischen Industrie bedrohten. Relativierend ist jedoch anzumerken, dass die indischen Exporte nach China im Jahr 2000 mit einem Zuwachs von 60% deutlich stärker wuchsen als die chinesischen nach Indien (+35%).

Auf wirtschaftlichem Gebiet lotete Li im Gespräch mit indischen Unternehmern aus den Bereichen Pharmazentik und Agro-Business mögliche Kooperationsprojekte aus und plädierte für eine deutliche Ausweitung des nach chinesischer Auffassung viel zu geringen bilateralen Handels. Im Mittelpunkt von Li Pengs Interesse stand jedoch die Informationstechnologie. Nach Lis Worten ist es erklärtes Ziel Chinas, den qualitativen Vorsprung der indischen Softwareindustrie aufzuholen. Indien hingegen könne andererseits von den chinesischen Erfahrungen in der Hardwareproduktion profitieren. Durch die komplementären Strukturen der IT-Industrie beider Staaten ergäben sich weite Kooperationsfelder.

Diese Einschätzung unterstrich Li Peng zum Abschluss seiner Indienreise mit einem Besuch im indischen Silicon Valley von Bangalore und Hyderabad. In Bangalore stattete er dem indischen Softwaregiganten Infosys Technologies Ltd. einen Besuch ab und informierte sich bei dem chinesischen Unternehmen Huawei Technologies India Prv Ltd.

Getrübt wurde der Besuch Lis durch die Proteste von Exiltibetern, die aus allen Landesteilen angereist waren, um gegen Li Pengs Rolle im Zusammenhang mit der Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1989, die Unterdrückung des tibetischen Volkes,

für direkte Gespräche zwischen der chinesischen Regierung und dem Dalai Lama sowie für die Unabhängigkeit Tibets zu demonstrieren. Im indischen Exil leben etwa 130.000 Tibeter.

Auch Indien verabschiedet Li Peng mit einer Demonstration. Am Tag des Abflugs Li Pengs aus Hyderabad zurück nach China testete Indien zum zweiten Mal erfolgreich seine Rakete des Typs AGNI II. Mit dieser mobilen Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite von 2.000 bis 2.500 km ist Indien in der Lage, das chinesische Territorium mit nuklearen Sprengköpfen zu bedrohen. Darüber hinaus dürfte dieser erfolgreiche Test als deutliches Signal an Beijing zu verstehen sein, dass Indien mit eigener Technologie auch Raketen mit einer Reichweite von 5.000 km entwickeln kann, die dann auch Beijing erreichen könnten. (XNA, 13.1., 17.1., 18.1.01; Wall Street Journal online, 16.1.01; *Inside China Today*, 17.1.01; *The Pioneer*, 25.1.01, nach FBIS, 25.1.01; Deccan Herald online, 13.1.01, nach FBIS, 13.1.01; Deccan Herald online, 22.1.01, nach FBIS, 22.1.01; *The Hindu*, 22.1.01, nach FBIS, 22.1.01; FT, 22.1.01; FES-Kurzanalyse Nr.2/2001) -kg-

6 UN-Menschenrechtskonvention - Ratifizierung erneut angekündigt

Während des Besuchs des UN-Generalsekretärs Kofi Annan in China kündigte die chinesische Führung an, die Ratifizierung der bereits 1997 unterzeichneten UN-Konvention über die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte „werde oder könnte“ auf der nächsten Sitzung des Nationalen Volkskongresses noch vor Ende März erfolgen. Marie Okabe, die Sprecherin Annans, begrüßte diese neuerliche vage Ankündigung.

Bereits seit einiger Zeit ist bekannt, dass sich der NVK voraussichtlich mit der Konvention befassen wird. Die erneute Ankündigung einer baldigen Ratifizierung ist daher im Zusammenhang mit mehreren für China wichtigen Terminen in nächster Zukunft zu betrachten. Aus diplomatischen Kreisen wird in dieser Hinsicht zunächst auf die am 19. März bevorstehende jährliche Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen

hingewiesen. Die chinesische Regierung erhoffe sich mit einer Ratifizierung, der erwarteten Kritik an der Menschenrechtslage in der VR China den Wind aus den Segeln zu nehmen. Damit dürfte auch ein Signal an die neue amerikanische Regierung unter George W. Bush verbunden sein, die im Vorfeld der Kommissionsitzung entscheiden muss, ob die USA eine Resolution gegen China einbringen wollen.

Mittelfristig erwartet sich China von diesem Schritt insbesondere eine Stärkung seiner Position hinsichtlich der Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2008, über die das Internationale Olympische Komitee Mitte des Jahres zu befinden hat. Die Niederlage der VR China im Wettrennen um Olympia 2000 wird zu einem nicht geringen Anteil auf die sehr wache Erinnerung an die Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1989 und die allgemeine Kritik an der Menschenrechtslage in China im Jahr der Entscheidung 1993 zurückgeführt. Auch jetzt sind vereinzelt bereits wieder Stimmen vernehmbar, die sich angesichts chinesischer Menschenrechtsverletzungen gegen eine Vergabe im Jahr 2008 aussprechen. (Vgl. C.a., 2000/12, Ü 10) Derartige Kritik kommt China äußerst ungelegen, da bereits im Februar ein Inspektorenteam des IOC in Beijing erwartet wird.

Ein weiteres Mal nicht den Zuschlag für die Olympischen Spiele zu erhalten, glaubt sich die chinesische Regierung nicht leisten zu können. Insbesondere der damit verbundene innenpolitische Prestigeverlust könnte sich negativ auf die Autorität der Staatsführung auswirken.

Die in Aussicht gestellte Ratifizierung der Menschenrechtskonvention über die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte wird allerdings nicht ohne Einschränkungen erwartet. Im Prozedere der Vereinten Nationen wird den Unterzeichnerstaaten erlaubt, individuell legale Einschränkungen des Vertragswerks auf der Basis nationaler Gesetzgebung sowie im Interesse der nationalen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung vorzunehmen. Ohnehin bietet die Konvention eine Reihe von vagen Formulierungen und Schlupflöchern. So ist die Rede beispielsweise von dem Recht auf Selbstbestim-

mung, auf Gleichbehandlung der Rassen und Geschlechter, auf annehmbare Wohnverhältnisse, Nahrung, Bildung und medizinische Versorgung.

Allgemein erwartet wird, dass der chinesische NVK das in der UN-Konvention verankerte Recht jedes Individuums zum Beitritt zu oder zur Bildung von Gewerkschaften seiner Wahl ausklammern wird. Eine Ratifizierung würde dennoch insgesamt einen Fortschritt in der Einbindung Chinas in den internationalen Menschenrechtsdialog darstellen, weil China damit die Verpflichtung einginge, regelmäßig Berichte über seine Einhaltung der Konvention zu veröffentlichen. Zugleich wäre damit der formale Rahmen für eine kritische Hinterfragung der Situation in China gegeben, der sich die chinesische Regierung nicht mehr ohne weiteres entziehen könnte. (IHT, 23.1.01; *Wall Street Journal* online, 22.1.01) -kg-

7 China und die friedenssichernden Maßnahmen der UNO

Während seines vierten Chinabesuchs in der Funktion als Generalsekretär der Vereinten Nationen führte Kofi Annan in der zweiten Januarhälfte Gespräche mit dem chinesischen Außenminister Tang Jiaxuan und Jiang Zemin. Neben den Reformen der UNO und des UN-Sicherheitsrates standen internationale und regionale Konflikt-herde im Zentrum der Gespräche. Annan unterstützte ausdrücklich die chinesische Initiative für einen Dialog mit dem Irak, der zu einer schrittweisen Aufhebung der Sanktionen führen sollte. Die chinesische Seite versicherte Annan ihrer Unterstützung in den Anstrengungen der Vereinten Nationen im Bereich der Friedenssicherung. Der UNO und insbesondere dem UN-Sicherheitsrat komme nach chinesischer Ansicht die entscheidende Rolle in diesem Zusammenhang zu. Diese zu stärken, sei ein zentrales Anliegen der chinesischen Politik.

Diesem Zweck dienten auch die von der VR China im Rahmen eines Treffens während des Millenniumsgipfels der Vereinten Nationen angeregten regelmäßigen Konsultationen der Ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat. Der Direktor der Abteilung für Internationale Organisationen und Kon-

ferenzen im chinesischen Außenministerium hatte am 8. Januar in Shanghai die erste derartige Zusammenkunft mit den Amtskollegen der anderen Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats geleitet. Neben allgemeinen Fragen der Friedenssicherung durch die UNO standen die Lage des Nahostkonflikts und die Sanktionen gegen den Irak im Zentrum dieser Konsultationen.

Nach Annans während seines Besuchs in China geäußerten Ansicht verlangten die internationalen Veränderungen nach einer Wiederbelebung der friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen. Er rief daher China als wichtiges Mitglied der UNO zu einem größeren Beitrag in diesem Zusammenhang auf. Das Land habe an mehreren derartigen UN-Operationen teilgenommen, besitze aber „die Kapazität mehr zu tun“.

In den neunziger Jahren hatte die chinesische Regierung 500 Militärbeobachter zur Teilnahme an UNO-Missionen entsendet. 800 Personen waren allein im Rahmen der friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen in Kambodscha eingesetzt, 55 Polizisten waren im Einsatz für die UNO in Ost-Timor. Zum ersten UN-Einsatz außerhalb Asiens verabschiedete der chinesische Minister für Öffentliche Sicherheit, Jia Chunwang, Anfang Januar fünf Polizisten. Sie nehmen an der Friedensmission der Vereinten Nationen in Bosnien-Herzegowina teil. (XNA, 5.1., 12.1., 21.1., 22.1., 23.1.01) -kg-

8 Felder der chinesisch-iranischen Kooperation

Auf seiner Reise durch fünf Länder Asiens und Afrikas stattete der stellvertretende Staatspräsident Hu Jintao Anfang Januar auch dem Iran einen fünftägigen Besuch ab. Hu traf mit den iranischen Vizepräsidenten Hassan Habibi und Mohammad Hashemi zusammen. Aus Teheran hieß es, man sei erfreut über den Konsens, der zwischen beiden Ländern hinsichtlich der Entwicklung bilateraler Beziehungen erreicht worden sei, und sehe mit Genugtuung, dass diese Kooperation Schritt für Schritt realisiert werde. Auch von chinesischer Seite wurde verlautbart, der Besuch Hus diene lediglich dazu, zu sehen, wie sich

die Umsetzung der vereinbarten Punkte gestalte und der Grad der Zusammenarbeit wachse.

Beide Seiten stimmten darin überein, dass das von Seiten des Iran initiierte Konzept eines „Dialogs zwischen den Kulturen“ der Freundschaft und dem Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen und der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten dienlich sei.

Habibi drückte die Hoffnung der iranischen Regierung aus, die bilaterale Kooperation auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Kultur zu stärken. Von einer engeren Zusammenarbeit auf dem Feld der Politik war weder von der iranischen noch von der chinesischen Seite etwas zu vernehmen.

Den Wunsch nach einer Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen konkretisierte für den Iran Mohammad Hashemi, der zugleich Vorsitzender der iranischen Seite innerhalb der gemeinsamen chinesisch-iranischen Kommission für Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten ist. Er identifizierte als besonders wünschenswerte Felder einer künftig engeren Zusammenarbeit Verkehr, Energie und Telekommunikation. Der Iran ist mit einem bilateralen Handelsvolumen, das im Jahr 2000 erstmals die Marke von 2,5 Mrd. US\$ überschritt, inzwischen ein wichtiger chinesischer Handelspartner in der Golfregion. (XNA, 7.1., 9.1.01) -kg-

9 Schuldenerlass für Uganda

Uganda ist der erste afrikanische Staat, der tatsächlich von der Reduzierung bzw. dem Erlass der Schulden profitieren wird, den die chinesische Regierung auf dem ersten Forum für sino-afrikanische Zusammenarbeit im vergangenen Oktober in Beijing angekündigt hatte. (Vgl. C.a., 2000/10, Ü 4) Überbringer der freudigen Nachricht des Erlasses eines Teils der Schulden des afrikanischen Staates war der stellvertretende chinesische Staatspräsident Hu Jintao, der sich Mitte Januar zu einem dreitägigen Besuch in Uganda aufhielt.

Hu betonte während seines Aufenthalts ausdrücklich, Uganda sei das einzige afrikanische Land, das er auf seiner Reise durch fünf Nationen Asiens

und Afrikas besuche. Die weiteren Stationen der Reise waren der Iran, Syrien, Jordanien sowie Zypern.

In Gesprächen versicherten sich die Vertreter beider Länder, zu denen auf chinesischer Seite der stellvertretende Außenminister Ji Peiding sowie der stellvertretende Außenhandelsminister Sun Guangxiang zählten, gegenseitig ihrer übereinstimmenden Sichtweise im Hinblick auf das Thema Menschenrechte, die Problematik der internationalen Anti-Raketen-Verträge sowie den Kampf beider Länder gegen häretische Kulte. Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung eines Abkommens über den Teilerlass der ugandischen Staatsschulden an China dankte der ugandische Ministerpräsident Apolo Nsibambi den chinesischen Gästen für die Unterstützung der VR China während der vergangenen Jahre. Chinesische Hilfsprojekte wie die durch eine Schenkung der chinesischen Regierung ermöglichte Errichtung des Nationalstadions, Stipendienangebote oder die Entsendung von medizinischen Teams aus China hätten in erheblichem Maße zum wirtschaftlichen Fortschritt und der sozialen Entwicklung des Landes beigetragen.

Abgesehen vom Schuldenerlass unterzeichneten beide Seiten während des Besuchs Hu Jintaos eine Vereinbarung über eine weitere chinesische Schenkung, die Forschungsarbeiten zu Ebola ermöglichen soll. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll ebenfalls gestärkt werden. Diesem Zweck dient ein weiteres Abkommen über die gemeinsame Ausbeutung von Ölvorkommen in Uganda. Die stellvertretende ugandische Präsidentin Speciosa Kazibwe gab allerdings den chinesischen Gästen gegenüber ihrer Hoffnung Ausdruck, auch andere chinesische Unternehmen mögen in größerer Zahl in ihr Land kommen und die ökonomische Kooperation ausweiten. (XNA, 18.1., 19.1., 20.1.01) -kg-

10 Hu Jintao besucht Zypern

Während eines Besuchs des chinesischen stellvertretenden Staatspräsidenten Hu Jintao auf Zypern Mitte Januar war die politische Lage auf der geteilten Insel eines der zentralen Gesprächsthemen. Hu sagte, China hoffe, griechische und türkische Zyprioten werden mit der Hilfe des UN-General-

sekretärs Kofi Annan eine gemeinsame Lösung für das Zypernproblem finden. In einem Treffen mit dem zypriotischen Präsidenten Glafcos Clerides sagte Hu, beide Konfliktparteien sollten auf dem Verhandlungswege ihre Differenzen verringern, um auf der Grundlage der UN-Resolutionen zur Zypernfrage eine Basis für gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. China unterstütze das Engagement des UN-Generalsekretärs und hoffe auf einen erfolgreichen Abschluss der geplanten sechsten Verhandlungsrunde. Insgesamt habe China immer die Ansicht vertreten, die Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität Zyperns und seine Blockfreiheit müssten respektiert werden.

Clerides erkannte ausdrücklich die Anstrengungen an, die China hinsichtlich der Zypernfrage in den Vereinten Nationen unternommen habe. Er versicherte die chinesische Seite im Gegenzug der uneingeschränkten Unterstützung Zyperns für den Beitritt Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO). Die Volksrepublik China werde als Mitglied der Organisation eine wichtige und konstruktive Rolle spielen.

Beide Seiten waren sich einig in der Bewertung der bilateralen Beziehungen und erzielten in ihren Gesprächen einen breit angelegten Konsens über die Kooperation der beiden Staaten auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Kultur, Wissenschaft und Technologie. Abschließend wohnten beide Staatsmänner der Unterzeichnung einer bilateralen Vereinbarung zwischen China und Zypern über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Investitionen bei. Zwei weitere Abkommen konnten zwischen der chinesischen Zhongxing Telecom Ltd. und der zypriotischen Telekommunikationsbehörde geschlossen werden. Die Vertragspartner vereinbarten darin die Zusammenarbeit im Telekommunikationssektor. (XNA, 17.1.01) -kg-

Innenpolitik

11 Publikation der *Tiananmen-Akte*: Argumente für und gegen ihre Echtheit

Eine Anfang Januar in den USA erschienene umfangreiche Buchpublikation mit dem Titel *The Tiananmen Papers: The Chinese Leadership's Decision to Use Force Against Their Own People - In Their Own Words* (Public Affairs, 2001) hat internationales Aufsehen erregt. Auch auf dem deutschen Markt war zwei Tage später eine Übersetzung des Buches zu erhalten (*Die Tiananmen-Akte*, Propyläen-Verlag Berlin, 2001); Auszüge aus dem Buch fanden sich ferner in der englischsprachigen Zeitschrift *Foreign Affairs* und in der deutschen Wochenzeitschrift *Der Spiegel*. Eine erweiterte chinesischsprachige Ausgabe des Buches soll im Frühjahr 2001 folgen.

Die Publikation erhebt den Anspruch, die Entscheidungsprozesse auf höchster Partei- und Regierungsebene zu enthüllen, wie sie zwischen Mitte April und Ende Juni 1989 für den Umgang mit und die Niederschlagung der Studentenbewegung verantwortlich waren. Zu diesem Zweck bietet das Buch eine chronologische Aufreihung von Ausschnitten aus verschiedenartigen als geheim klassifizierten Dokumenten, ergänzt um Hintergrundinformationen und Erläuterungen. Für die Publikation ausgewählt wurden insbesondere Protokolle hochrangiger Entscheidungen der Parteizentrale, darunter Aufzeichnungen von Telefongesprächen und informellen Treffen von Mitgliedern der Führungsspitze, interne Lageberichte verschiedener Organe innerhalb der Partei- und Staatsratsbürokratien in Beijing und den Provinzen sowie internationale Reaktionen und Medienberichte.

Nach Angaben der Herausgeber des Buches, den renommierten China-Wissenschaftlern Andrew Nathan (Columbia University) und Perry Link (Princeton University), sowie dem Autoren des Nachworts Orville Schell (University of California at Berkeley) zufolge wurden die Dokumente von einer Person chinesischer Herkunft mit